

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

8.2.1919 (No. 34)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptschriftleiter C. A. M. e. n. b. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Verlagspreis: vierteljährlich 4.75 M.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr einberechnet, 4.92 M. — Einzelnummer 10 P. — Anzeigengebühr: die 7 mal gespaltene Zeile oder deren Raum 25 P. zuzüglich 30 % Steuerzuschlag. Boden nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Anzeigebekämpfung, zwangsweiser Verbreitung und Konkurrenz, abren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von bösserer Gewalt, Streit, Sperrung, Auslieferung, Nachbarnbeschwerden, Betriebsstörungen im eigenen Betriebe oder in denen anderer Verleger hat der Anzeiger keine Ansprüche, falls die Zeitung verpachtet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Verzögerungen übernommen.

Das Wichtigste.

Vor der Erneuerung des Waffenstillstandes.

Die gestrige Sitzung des obersten Kriegsrates in Versailles galt nach einer indirekten Meldung der „B. Pr.“ aus Paris in erster Linie der Beratung über den demnächst stattfindenden Ablauf des Waffenstillstandes. Die Blätter verlangen einstimmig, daß die Deutschland aufzuerlegenden Bedingungen unaufschieblich durchgeführt werden. „Somme libre“ kündigt eine weitere Verschärfung der Waffenstillstandsbedingungen an. Das Blatt schreibt: „Den Bolschewismus vor den Toren der besetzten Zone können wir nur durch Ausdehnung der besetzten Zone beseitigen.“

Der Berliner Rat der Volksbeauftragten hat der „B. Pr.“ zufolge zur Frage des am 22. Februar ablaufenden Waffenstillstandes die Anfrage an die Entente richten lassen, unter welchen Bedingungen sie in eine Verlängerung des Waffenstillstandes bis zum Abschluß des Friedens einwilligt. Vor der Annahme neuer Bedingungen der Entente soll die Nationalversammlung gehört werden.

Beabsichtigte Milderung der Blockade.

Der „Times“ vom 5. Februar wird von ihrem politischen Mitarbeiter in Paris vom 4. Februar gemeldet, die Blockadefrage sei mehr und mehr in den Vordergrund gerückt und werde während der nächsten Wochen vermutlich den größten Teil der Konferenz und der Waffenstillstandskommission in Anspruch nehmen. Es bestehe eine starke Strömung zu Gunsten einer Lösung dieser Frage in der Weise, daß die Blockademaschinerie in eine Maßnahme für die Konzeptionierung der Einfuhr nach feindlichen Ländern verwandelt werden. Jedenfalls sei es klar, je stärker der Völkerverbund gemacht werde, und je mehr die Deutschen zu der Erkenntnis gezwungen werden würden, daß die Demokratien der großen Mächte entschlossen seien, den Völkerverbund zu unterstützen, um so leichter werde es sein, die vom Kriege hinterlassenen Probleme in erträglicher Weise zu regeln und auch die Handels- und Finanzverhältnisse in der Welt in solcher Weise neu einzurichten, daß dadurch die vom Kriege hinterlassenen Bürden auf beiden Seiten des Atlantischen Ozeans auf ein Mindestmaß herabgesetzt würden.

Freiheit der Meere.

Der „Morning Post“ zufolge haben Präsident Wilson und seine Mitarbeiter die Auffassung von der Freiheit der Meere, die bald der Friedenskonferenz unterbreitet werden solle, folgendermaßen formuliert: 1. Keine Nation soll eine so große Flotte besitzen, daß sie imstande sei, die Kontrolle über die Meere auszuüben. 2. Die Kriegsregeln sollen während eines Krieges nicht geändert werden. 3. Jede Nation, gleichviel, ob kriegführend oder neutral, soll für die Einhaltung der zur See geltenden Regeln in Kriegszeiten streng verantwortlich gemacht werden. 4. Der Begriff „Bannware“ soll in Friedenszeiten genau bestimmt werden und kein neutrales Land soll Bannware verschiffen, auch sollen Schiffe neutraler Länder nicht versuchen, eine von einem kriegführenden Lande errichtete Blockade zu durchbrechen. Die Benutzung von U-Booten soll eingeschränkt, oder noch besser, ganz vermieden werden.

Die Streikbewegung in England.

Der Korrespondent des „Corriere della Sera“ in London meldet: In London ist die Lage ernst. Schon den dritten Tag streiken die Arbeiter der Untergrundbahnen, die den Verkehr eingestellt haben. Der Verkehr und die Arbeit in London erfährt durch den Stillstand der Untergrundbahnen, die wegen der großen Entfernungen unentbehrlich sind, ernsthaftige Störungen, wodurch unter der Bevölkerung Erbitterung entsteht. Man erwartet eine Ausdehnung der Streiks auf die Omnibus- und Tramangestellen. — Der Londoner Vertreter der „N. B. B.“ drückt, daß die Streiks in England sich in befürchteter Weise ausbreiten. Sie schaffen eine unnormale, ernste Lage, die zwar noch keinen unmittelbar revolutionären Charakter trage, immerhin lägen Beweise vor, daß zwischen den verschiedenen Zentren der nichtoffiziellen Streikenden ein Einvernehmen für die Organisation eines Generalstreiks in Großbritannien bestehe. Die Führer der Arbeiterunion scheinen schon allen Einfluß auf die Massen verloren zu haben. Die Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche wird immer stärker erhoben. Die Regierung ist schwankend und unentschlossen. Sie versucht zunächst die Aufrechterhaltung der Ordnung durch stärkere Zusammenziehung zuverlässiger Truppen in den Hauptstädten.

Präsidentenwahl in der Nationalversammlung.

In der gestrigen, vom Alterspräsidenten Pfannkuch eröffneten zweiten Sitzung der Nationalversammlung gelangte zunächst eine große Anzahl von Begrüßungslegationen und Adressen an die deutsche Nationalversammlung zur Verlesung, die aus allen Teilen Deutschlands und Österreichs eingegangen waren. Sodann wurde zur Wahl des Präsidenten der Nationalversammlung geschritten. Von den abgegebenen 399 Stimmen erhielt Dr. David (Soz.) 374, 3 waren zerplittert, 22 Zettel waren unbeschrieben.

Dr. David erklärte, daß er die Wahl annehme. Er nahm hierauf den Präsidentensitz ein und erklärte in einer Ansprache, daß er sein schweres, verantwortungsvolles Amt gerecht und unparteiisch verwalten wolle. Gewaltige Aufgaben harrten seiner, fuhr David fort. Krieg und Revolution haben das alte Regierungssystem gemüht und zertrümmert. Der alte Bau ist zusammengefallen. Wir sollen einen neuen errichten; an Stelle des früheren, auf Vorrechte Einzelner und der staatsbürgerlichen Bevorzugung einer Minderheit aufgebauten Systems soll eine auf voller staatsbürgerlicher Gleichberechtigung beruhende Demokratie treten. (Lebhafter Beifall.) Der Wille der Mehrheit gibt die letzte Entscheidung in allen Meinungs- und Interessengegenständen innerhalb des Ganzen. Nur das unerschütterliche Festhalten an diesem Grundsatz kann die Gefahren beschwören, die sonst drohen, die aus den inneren Gegensätzen und Kämpfen entspringen können. Lassen Sie uns alle bestrebt sein, durch unsere Arbeit den Beweis zu erbringen, daß Deutschland ein für die Demokratie reifes Land ist. Bald werden die Meinungen auseinanderklaffen, aber nie sollen wir vergeßen, daß die Augen der Millionen, die uns hierher gesandt haben, ja die Augen der ganzen Welt auf und gerichtet sind, und seien wir uns auch dessen wohl bewußt, nicht Worte nur erwartet unser in Not und Qual seufzendes Volk von uns, sondern Taten. (Lebhafte Zustimmung.) Neben der großen Aufgabe des Verfassungsneubaus sollen und müssen wir noch schwierigere Aufgaben des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in Angriff nehmen. Ein neues, höheres Gesellschaftsideal lebt in den Massen des werktätigen Volkes: Sozialismus. Nur durch Lösung dieses Problems kann der dauernde Friede im Innern unseres Volkes errichtet werden. Demokratie und soziale Gerechtigkeit vereint werden das deutsche Gemeinschaftsgefühl — der Idee zum deutschen Land und zum deutschen Volk — mächtig erstarken lassen. Zum deutschen Land und zum deutschen Volk gehört bis zur Stunde auch Elsaß-Lothringen. Wir senden dem elsass-lothringischen Volke unseren Gruß und werden nicht aufhören, zu fordern, daß auch ihm das Recht der Selbstbestimmung über seine nationale Zugehörigkeit gewährt wird, wie es in den Wilsonschen Grundsätzen ausgesprochen ist. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.) Zum deutschen Land und Volk gehört auch der deutsch-österreichische Volksstamm. Ich gebe mich der Hoffnung hin, die Vertreter Deutschösterreichs in nicht allzu ferner Zeit als Kollegen in unserer Mitte willkommen heißen zu dürfen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Die Wahl der drei Vizepräsidenten sollte nun auf Vorschlag des Zentrumsabgeordneten Gröber durch Zuruf erfolgen. Da jedoch der unabhängige Sozialdemokrat Haase widersprach, mußte auch diese Wahl durch Zettelabgabe erfolgen. Das Ergebnis der Wahl war, daß die Vizepräsidenten gewählt wurden: der Zentrumsabgeordnete Fehrenbach mit 374, Hausmann (Dem.) mit 374 und Dietrich (Deutsch-Natl.) mit 358 Stimmen. Die Gewählten nahmen die Wahl an. Darauf erfolgte ebenfalls durch Zettelabgabe die Wahl der acht Schriftführer. Das Ergebnis der Abstimmung soll nach Schluß der Sitzung festgestellt werden.

Nächste Sitzung: Samstag 3 Uhr. Entwurf eines Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt. Schluß nach 1/2 Uhr.

In der heutigen Sitzung soll, wie die „Deutsche Tagesztg.“ meldet, falls das Rotgesetz angenommen werden wird, sofort zur Wahl des Reichspräsidenten geschritten werden. Die Sozialdemokraten werden Ebert vorschlagen. Am Montag soll die neue Kreditvorlage durch eine Rede Scheidemanns, die Indemnität für die bisherigen Ausgaben fordert, eingebracht werden. Wie der „Berl. Lokalanz.“ erfahren haben will, soll Scheidemann als Reichsministerpräsident wieder Reichsfinanzminister genannt werden. Neugeschaffen werden soll das sogenannte Reichsverteidigungsministerium, zu dessen Leiter Moske auszuwählen sei. Für die Besetzung des Reichskolonialamtes kämen Dernburg, Erzberger und Frhr. von Nitschowsen in Betracht, es sei indessen fraglich, ob das Kolonialamt als solches bestehen bleibe. Als sicher könne gelten, daß Graf Brodorski-Rankau sein Amt als Reichsminister des Äußeren behalten werde.

Politische Uebersicht.

Internationale Sozialistenkonferenz.

Die Konferenz fordert die Proletarier aller Länder auf mit allen Kräften auf ihre Regierungen Einfluß auszuüben um ihre Grundsätze beim Abschluß des kommenden Friedens zur Geltung zu bringen und diesen damit zu einem dauernden zu gestalten.

Am Schluß der Vormittagsitzung vom 5. wurde die Resolution über den Völkerverbund mit den von den verschiedenen Rednern beantragten Abänderungsvorschlägen und Zusatzparagrafen angenommen. In Anbetracht des Grundsatzes „keine Minorität zuzulassen, wenn nicht auch die Majorität anwesend sei“, wird der amerikanischen Minderheit die Zulassung zum Kongress verweigert.

Die Nachmittagsitzung begann mit der Eröffnung der Erörterungen über die Gebietsfrage.

Witral-Frankreich legte eine Entschließung vor, die u. a. fordert: 1. Selbstbestimmungsrecht der Völker, 2. In umstrittenen Gebieten Entscheidung über ihre Zugehörigkeit durch Volksabstimmung unter Aufsicht des Völkerverbundes, 3. Das Recht der Internationale wird gesichert durch ein vom Völkerverbund ausgearbeitetes und verbürgtes Mindestmaß von Rechten, 4. Bei Neubildung von Staaten oder Neuangliederung von schon bestehenden Staaten, Sicherung ihrer wirtschaftlichen und Lebensinteressen auf Handel und Verkehr, 5. Grenzabänderung auf Wunsch von Völkern oder Volksteilen nach vorhergehender Selbstbestimmung oder Entscheidung, 6. Schutz der Bevölkerung von abhängigen Staaten, Kolonial- und Schutzgebieten und Schaffung von Einrichtungen, die deren Eingeborenenbevölkerung möglichst rasch zur staatlichen Selbstbestimmung entwickeln.

Die Konferenz widerspricht dem Versuch, diese Grundsätze zu verfälschen und vertritt deshalb 1. das Recht des Siegers auf Beute und alle Bündnisverträge, die ihm gestatten, durch seinen Eintritt in den Krieg ein Gebietszuwachs auf Kosten fremder Völker zu suchen, 2. Die Festsetzung von Grenzen nach strategischen Gesichtspunkten, 3. Die gewalttätige oder verführerische Annexion auf Grund sogenannter historischer Ansprüche oder angeblich wirtschaftlicher Notwendigkeiten, 4. Schaffung von vollenetzten Tatsachen durch vorgreifende Besetzung strittiger Gebiete mit Heeresmacht, 5. Schaffung von Gebieten wirtschaftlichen Einflusses.

In der Morgen Sitzung vom Donnerstag der internationalen sozialistischen Konferenz waren 26 Länder durch 97 Delegierte vertreten.

Der englische Arbeitervertreter Henderson bringt für die britische Delegation eine Resolution ein, in der es heißt: „Die Konferenz muß ihre Arbeiten dergestalt fortsetzen, daß sie einen möglichst großen Einfluß auf die Pariser Verhandlungen ausüben kann.“ Die Resolution fordert ferner die Einsetzung einer Kommission, bestehend aus zwei Vertretern Deutschlands, Österreichs, Böhmens, Frankreichs und Englands mit Branding, Henderson und Haysmans als Vizepräsidenten, die die Ausführung der Beschlüsse der Konferenz überwachen und eine neue Konferenz einzuberufen hat, wenn es der Gang der Pariser Verhandlungen nötig machen sollte.

Pressestimmen.

„Seimat und Oberste Seeresleitung“. In einer Zuschrift an die „Frankfurter Zeitung“, die sich mit der militärischen, wirtschaftlichen und auch der moralischen Erschöpfung der deutschen Kriegführung beschäftigt, geht der Einfelder Generalmajor L., auf die Frage ein, ob der Krieg für uns in dem Sinne, in dem er geführt worden ist, überhaupt siegreich zu werden war. Das sei die eigentliche Grundlage, von der ausgegangen werden muß. Wenn die Hauptgegner überhaupt nicht niederzuwerfen waren, so liege der verhängnisvolle Irrtum nicht in der Anwendung der Mittel, sondern tiefer, im Nichterkennen des innersten Kernpunktes der Lage. „Kein Sieg in Frankreich oder sonstwo auf dem Festlande, so führt der Verfasser aus, verstopfte die Quelle der englischen Kraft. Wir konnten ganz Frankreich in Besitz haben, England war damit nicht in das Herz gestoßen. Noch weniger wurde Amerikas Lebensnerb durch Ereignisse in Frankreich oder Europa getroffen. Die Hoffnung, daß England den Eindringen weiterer siegreicher Fortschritte in Frankreich moralisch nicht gewachsen bleiben würde, ist eine zu leichtfertige Grundlage, um darauf eine Kriegsabsicht zu stützen, die nur mit dem Niederwerfen der Gegner erreicht werden kann. Es ist und bleibt das Kennzeichen wahrhafter Größe, daß sie die Grenzen des Erreichbaren nie überschreitet, sie intuitiv fühlt. Diese Größe ist unserer Führung nicht beschieden gewesen. Weil das Ziel unerreichbar war, aber gleichwohl mit äußerster Energie an ihm festgehalten wurde, haben alle Siege, hat eine vierjährige beispiellose Opferfreudigkeit und Lichtigkeit des Volkes keinen anderen Schlußfolgerung gehabt. Deshalb blieb eine im einzelnen großen militärische Führung zur endgültigen Niederlage verdammt. Wir verbluteten und erschöpften uns im Kampf um etwas Unerreichbares. Darin liegt die Tragik für unser Volk und für die Oberste Seeresleitung.“ Immerhin hält der Verfasser die Leistungen des Volkes und Seeres nicht für verloren. Wie auch der Frieden von Paris letzten Endes aussehen mag, er würde unter allen Umständen anders sein, als ein von allein siegreichen Franzosen, Engländern und Russen 1915 oder 1916 in Berlin uns auferlegter Frieden. Und die erwiesene Leistungsfähigkeit des Volkes sei ein so deutliches Zeichen innerer Kraft und Gesundheit, daß das Vertrauen in die Zukunft die festeste Grundlage findet.

Badischer Teil.

Die seit einiger Zeit sich ständig steigende Nachfrage nach Pferdefleisch hat ein rasches Steigen der Preise für Schlachtpferde zur Folge gehabt. Dieser Umstand veranlaßt zahlreiche Pferdebesitzer, auch solche Pferde, welche noch gebrauchsfähig sind, zum Schlachten zu verkaufen. Da die Erhaltung aller noch zur Arbeit verwendungsfähigen Pferde für landwirtschaftliche und gewerbliche Betriebe dringend geboten erscheint, ist bereits mit Verordnung vom 2. Januar 1919 (Ges. und V.-D.-Bl. Seite 10) bestimmt worden, daß nur solche Pferde geschlachtet werden dürfen, welche nach dem Gutachten der für die Bornahme der Schlachtvieh- und Fleischbeschau zuständigen Tierärzte nicht mehr arbeitsfähig sind. Durch diese Anordnung ist der unwirtschaftlichen Abschachtung von Gebrauchspferden im Lande selbst nach Möglichkeit vorgebeugt worden. Nach den in letzter Zeit gemachten Wahrnehmungen werden nunmehr aber vielfach Gebrauchspferde in größeren Mengen aufgefaukt und zum Zwecke der Schlachtung aus Baden ausgeführt. Da durch diese Schwächung des Pferdebestandes sowohl der Anfall an Schlachtpferden in Baden vermindert und damit auch die Fleischversorgung der Bevölkerung beeinträchtigt als auch das Interesse von Badens Landwirtschaft und Gewerbe geschädigt wird, hat es sich als notwendig erwiesen, den Verkehr mit Gebrauchspferden der gleichen Überwachung zu unterwerfen, wie es bereits mit Verordnung vom 4. Juli 1918 (Gesetzes- und Verordnungsblatt Seite 176) hinsichtlich der Schlachtpferde geschehen ist. Es ist deshalb angeordnet worden, daß auch der Versand oder die sonstige Verbringung von **N u ß- u n d Z u c h t p f e r d e n** nach außerbadischen Orten der vorherigen Genehmigung der Fleischversorgungsstelle bedarf. Zur Vermeidung von Mißbräuchen wird die Erteilung der Genehmigung von der Erbringung des einwandfreien Nachweises, daß es sich tatsächlich um **N u ß- u n d Z u c h t p f e r d e n**, nicht aber um Schlachtpferde handelt, abhängig gemacht. Es ist zu erwarten, daß diese Maßnahme gleichzeitig der drohenden übermäßigen Steigerung der Preise für Schlachtpferde entgegenwirken werde.

Das Passwesen.

Die Entwicklung der Verhältnisse im Osten zwingt dazu, den Reiseverkehr über die dortige Grenze, soweit ein solcher überhaupt noch tatsächlich stattfinden kann, nach Möglichkeit ganz zu unterbinden. Es werden deshalb Sichtvermerke zur Ausreise über die Ostgrenze im allgemeinen nicht mehr ausgestellt werden. In dringenden Fällen, in denen ein besonderes Staatsinteresse dennoch die Ausreise über die Ostgrenze fordert, kann ein Besuch im Instanzwege dem Auswärtigen Amt (Poststelle) in Berlin angeleitet werden, das nach entsprechender Prüfung gegebenenfalls dem Gesuchsteller eine Bescheinigung darüber erteilt, daß es ihm gestattet ist, die Ostgrenze an einer von Fall zu Fall bestimmenden Übergangsstelle zu überschreiten.

Die Anmeldung von Militärpflichtigen zur Rekrutierungsstammrolle.

Nach einer Mitteilung des Kriegsministeriums wird von Vorbereitungen zum diesjährigen Erfassungsgeschäft vorläufig abgesehen. Eine Anmeldung der Militärpflichtigen zur Rekrutierungsstammrolle ist daher vorerst nicht erforderlich.

Der Sinn des Expressionismus

In den Räumen der Galerie Moos haben zurzeit zwei junge Karlsruher Künstler, Zabolin und Schlichter, eine größere Anzahl Bilder ausgestellt, die so weitestgehend dem Hergebrachten sind, so ganz neue, unerhoffte Wege wachen, den Zusammenhang mit dem, was man sonst unter Malerei versteht, so glatt durchschnitten haben, daß die meisten der Betrachter sprachlos und außerstande sind, auch nur einigermassen ein Verhältnis zu den Produktionen dieser jungen, so viel umstrittenen Kunstrichtung zu finden.

Falsch ist es jedenfalls, wenn der Laie, dem das nötige Kunstgefühl fehlt, der nur gelegentlich solche Ausstellungen besucht, weil man davon spricht und man doch auch davor sein muß, glaubt, mit einem kräftigen Ausdruck aus seinem Spezialwörterbuch die ganze Kunstrichtung abtun zu müssen. Mit ein wenig Bescheidenheit müßte er sich sagen, daß er nicht der berufene Kunstrichter ist. Er müßte wenigstens irgendwo den Versuch machen, sich über die Absichten und Ziele dieser Leute zu orientieren, bevor er rundweg ihre ganze Bezeichnung ablehnt. Zweifellos liegt hier ein recht weitgehendes Bedürfnis vor. Wir haben Einführungen in „Faust“ und Werke moderner Literatur, wir hören Vorträge, die uns den Aufbau und Gestalt bedeutender musikalischer Werke darlegen, aber die Malerei ist in dieser Hinsicht gerade hier, immer zu kurz gekommen. Man hat das Publikum viel zu sehr sich selbst überlassen. Gerade heute, wo so viel die Rede ist von der Erziehung des Volkes zur Kunst, ist eine Führung doppelt notwendig, um einen festen Stamm solcher Kunstfreunde zu erzeugen, die sich wenigstens rein theoretisch im Klaren sind über das Wesen moderner Kunstbestrebungen.

Aber von diesem Gesichtspunkt aus ist es sehr zu begrüßen, daß die Galerie Moos eine Reihe von Vorträgen zur Einführung in die moderne Kunst veranstaltet.

Als erster Redner sprach am Donnerstagabend Herr Dr. W. Fraenger, Heidelberg, über das Thema „Der Sinn des Expressionismus“. Welch großes Interesse man derartigen Fragen in hiesigen Kreisen entgegen-

* Eine Besprechung der Ausstellung haben wir gestern an dieser Stelle veröffentlicht. Red.

Badische Rundschau.

Die Befegung von Rehl durch die Franzosen bedeutet eine neue schwere wirtschaftliche Schädigung unseres Landes, die umso fühlbarer sein wird, als das gesamte deutsche Wirtschaftsleben infolge der harten und unmenschlichen Waffenstillstandsbedingungen ohnedies seinem völligen Zusammenbruch nahe ist. Die aufs höchste belasteten und durch die Ablieferung des wertvollsten Teils des Betriebsmaterials gelähmten und geschwächten Eisenbahnen werden keineswegs die Transportmöglichkeiten zu Wasser ersetzen können, um die uns die Ausschaltung des Umschlagshafens von Rehl gebracht hat, ein Umstand, der auch die benachbarten Neutralen schädigen wird, da Rehl auch als Verlade- bzw. Umschlagstelle für Kohlen, Getreide und Roheisen nach der Schweiz und für Holz nach Holland diente. Die am 1. Mai 1900 dem Reich übergebenen neuen Rehler Hafenanlagen haben, wie Emil Pfeiff, der Verfasser der verkehrspolitischen Studie: „Die badischen Staatseisenbahnen und die Großschifffahrt auf dem Rhein“ betont, eine so ausschließliche Entwicklung genommen, daß der Verkehr von rund 53 000 Tonnen im Jahr 1901 auf rund 780 000 Tonnen im Jahre 1916 gestiegen war. Ihre Stilllegung bedeutet den Ausfall einer jährlichen Umschlagsmenge von rund 800 Eisenbahnzügen zu je 50 mit Rohstoffen, Baumaterialien und Lebensmitteln beladenen Zehntonnenwagen. Es wäre ein unermesslicher Schaden für unser Land, wenn es den Franzosen gelingen sollte, uns des Rehler Rheinhafens auf die Dauer zu berauben, wie es nach den kürzlich mitgeteilten Äußerungen mehrerer Straßburger Blätter offenbar beabsichtigt ist.

Durch das willkürliche Vorgehen der Franzosen wurde neben Rehl auch eine Reihe kleinerer Gemeinden des Oberrheins betroffen. Die Folgen werden nicht allein Einwohnern der betroffenen Orte selbst zu tragen haben, deren unbefriedigtes Schicksal unser volles Mitgefühl verdient, sondern auch die bisher aus dieser Gegend herbeiführenden Züge, vor allem die Stadt Forstheim, die durch die Abschneidung von diesen Versorgungsstellen einen großen Ausfall an Lebensmitteln erleidet — ein Grund mehr zu dem Wunsch, daß es den energischen deutschen Protesten gelingen möge, eine baldige Zurücknahme der feindlichen Maßnahme zu erzielen.

Wie sehr unser Wirtschaftsleben ohnedies unter der Fortdauer des Kriegszustandes leidet, zeigte sich besonders deutlich bei der am Sonntag in Karlsruhe vom badischen Handelstag in Verbindung mit sämtlichen badischen Handelskammern und einer Reihe großer und kleiner kaufmännischer Berufsvereinigungen veranstalteten Kundgebung für die Wiederherstellung des Handels. Die zur Sprache gebrachten Beschwerden und Wünsche wohl aller Zweige des Handels gipfelten in der einmütigen Forderung eines sofortigen Abbaus der Zwangsverwaltung, die den ehrlichen Handel im Laufe des Krieges zugunsten des Schleichhandels und des Scheibetriebs aufs schwerste geschädigt habe, ohne doch ihren Zweck erfüllen zu können. Die drei Vertreter der vorläufigen Volksvertretung: die Minister Dietrich, Haas und Trunt, die im Laufe der Versammlung das Wort ergriffen, sympathisierten durchaus mit den Wünschen der Vertreter der Handelswelt und fanden zum Teil sogar sehr scharfe Worte der Zurückweisung des bisherigen Systems. Die Forderung nach sofortiger Aufhebung der Zwangsorganisationen freilich vermag die Regierung, wie der Ernährungsminister Trunt entschieden davor, nach Lage der Dinge und aus Gründen, die außerhalb ihres Machtbereichs liegen, nicht zu erfüllen. Immerhin ergab sich aus seinen Worten die Gewissheit, daß die badische Regierung, so weit es an ihr liegt, alles tun wird, um den Handel so rasch wie möglich wieder in seine Rechte einzusetzen.

Im Zusammenhang mit der Frage der Arbeitsbeschaffung hat der Karlsruher Stadtrat beim Verkehrsministerium die schleunigste Weiterführung der Bahn Mastatz-Kaumünzach bis zur württembergischen Grenze befürwortet, und gleichzeitig hat er die vorläufige Volksregierung gebeten, auch die alsbaldige Inangriffnahme der noch fehlenden württembergischen Strecke zwischen Landesgrenze und Kloster-Reichenbach zu veranlassen. Die Fertigstellung der ganzen Murgalbahn hat, wie der Stadtrat betont, heute ein besonderes dringendes Interesse, da sie nicht nur die langgewünschte direkte Verbindung mit Freiburg, dem mittleren Schwarzwald und dem südlichen Württemberg schafft, sondern auch dem badischen Staat die Möglichkeit geben würde, die vielen Arbeitslosen im Dienste der Allgemeinheit zu beschäftigen. Auch dem unerquicklichen Zustand, daß das in den oberen Murgalwäldern geschlagene Holz erst den großen Umweg durch Württemberg machen muß, um zu den Rheinhäfen zu gelangen, würde durch den Bahnbau ein Ende gemacht. Endlich würde er eine wesentliche Erleichterung und Verbillichung der Erweiterung des Murgaltrawerkes herbeiführen.

bringt, zeigte der starke Besuch. Sämtliche Räume waren bis auf das letzte Plätzchen besetzt. Herr Dr. Fraenger ist ein Redner, der den Zuhörer ohne weiteres zum Mitgehen zwingt. Er spricht ohne Pathos, aber eindringlich, mit innerer Überzeugung, sich mit einer lebensschaffenden Verbundenheit für seinen Stoff einsetzend. Jedenfalls erfüllte er durch seine gedankenreichen Ausführungen die Zuhörerhaft bis zum letzten Wort, und es ist wohl anzunehmen, daß er manchen Epötter des Expressionismus eines Besseren belehrt, zum mindesten aber nachdenklich gestimmt hat, wenn ich von mir auf andere schließen darf.

Vor dem Kriege hörte und sah ich nur ganz wenig Expressionistisches. Es war so vereinzelt, daß ich keine Veranlassung fand, mich mit diesen Dingen auseinanderzusetzen. Nun kam ich aus dem Felde heim und sah, wo ich nur immer in kunstinteressierte Kreise kam, wie man sich ernstlich und eingehend mit diesem Problem des Expressionismus abmühte. Ich sah einige wenige Proben in modernen Kunstschriftchen, konnte auch bei dem oder jenem Bild dem Künstler folgen, glaubte aber im großen ganzen mich der neuen Ausdrucksweise gegenüber ablehnend verhalten zu müssen. Aber das eingehende Betrachten vieler Originale, sine ira et studio, ohne Voreingenommenheit und den ehrlichen Willen des Künstlers voraussetzend, hat mich dem Expressionismus näher gebracht, so daß ich ihn heute jedenfalls als eine durchaus ernste zu nehmende Offenbarung künstlerischen Ringens nach Ausdruck auffasse. Und da, wo ich in Einzelnen noch nicht mitfomme, die eine oder andere Formel nicht verstehe, will ich lieber dem Künstler glauben, als mich blindlings dem konventionellen Geschmacksloben anvertrauen, den eine geistig unfreie Zeit, die nun hoffentlich überwunden ist, uns in allen Dingen aufgezwungen hat.

Nach spreche nur aus dem Grunde von meinen persönlichen Eindrücken, weil ich an einem Beispiel zeigen möchte, wie diese neue Kunst auf einen unbefangenen Menschen zuerst gewirkt hat, wie aber durch häufiges, ruhiges, objektives Betrachten der Bilder das Abstoßende, Widersprüchliche, langsam schwand, so daß, wenn auch keine Begeisterung gemeldet, so doch immerhin das Verständnis dafür lebendig wurde, daß es wohl möglich ist, daß ein Künstler, um ein inneres Erlebnis bildlich zu gestalten, zu derartigen Ausdrucksmitteln greift. Jedenfalls müssen wir uns darüber klar sein, daß durch ein

Die Schuldebatte im Verfassungsausschuss.

Der Verfassungsausschuss der Badischen Nationalversammlung setzte gestern vormittag die Beratung des § 19 bei der Bestimmung des Regierungsentwurfs „Zum Besuch der öffentlichen Volksschule sind alle Kinder verpflichtet“ fort. Es kam zu einer sehr lebhaften Aussprache, bei welcher von seiten des Zentrums Einwendungen dagegen erhoben wurden, daß durch diese Bestimmung des Verfassungsgesetzes die katholischen Privatschulen aufgehoben werden sollen. Demgegenüber wurde von sozialdemokratischer Seite erklärt, die Sozialdemokratie sei bereit, eine Übergangsbestimmung zu beantragen dahingehend, daß zwar neue Privatschulen nicht mehr gegründet werden dürfen, daß aber alle bestehenden Privatschulen bis zum 1. Januar 1925 entweder aufzuheben sind oder, wenn sie sich als bewährt und notwendig erweisen haben, in Gemeindeanstalten umgewandelt werden sollen. Auch mit diesem Vermittlungsvorschlag zeigten sich die Vertreter des Zentrums nicht einverstanden.

In der weiteren Aussprache wird vor allem von Vertretern der demokratischen Fraktion mit Nachdruck für die Regierungsvorlage eingetreten. Dasselbe geschieht von den Sozialdemokraten, von denen ein Redner darauf hinweist, daß es gerade die wichtigste Aufgabe der deutschen Volksschule in Zukunft sein müsse, das deutsche Volk einheitlich zu Kulturmenschen ohne Unterschied besonders der Konfession zu erziehen. Die Abstimmung über den Abf. 3 des § 19 wird auf die am Montag nachmittag stattfindende Sitzung vertagt.

Interpellationen in der Nationalversammlung.

In der badischen Nationalversammlung wurden weiter folgende Interpellationen

eingebraucht:
Interpellation Kiefer u. Gen., die Textilindustrie und die Arbeiterfrage betr.:
„Ist der vorläufigen Regierung bekannt, daß die Textilindustrie Oberrheins fast vollständig darniederliegt und der größte Teil der Textilarbeiter arbeitslos ist? Was gedenkt die Regierung gegen dieses Liegen der Industrie und die Arbeitslosigkeit zu tun? Was gedenkt die Regierung besonders zu tun, um die Einfuhr der in der Schweiz lagernden Bestände an Seidenwaren und Baumwollschleimstoff zu ermöglichen?“

Interpellation Kautsch u. Gen., die Reichswehr betr.:
„Ist die vorläufige Regierung bereit, Auskunft zu geben über die Ergänzung des Eisenbahnverkehrs durch Einrichtung von Automobilen zur Sicherstellung der Rohstoffmittelversorgung?“

Interpellation Müller (Schopfheim) u. Gen., die Postlage in der Landwirtschaft betr.:
„1. Ist der vorläufigen Regierung die große Futtermittelnot im ganzen Lande bekannt, welche den Viehstand bedroht und in kurzer Zeit katastrophale Wirkungen annehmen kann? 2. Ist weiter bekannt, daß die stillige Melasse als gutes Futtermittel, insbesondere im Oberrheinsgebiet, in sehr 3. und was sind für Vorkehrungen getroffen, um die Melassebestände an Getreide und Ertrag vor dem Verderben zu schützen, um alsbald der Landwirtschaft auszuföhrt zu werden?“

Interpellation Roth u. Gen., den gleichen Gegenstand betr.:
„Was gedenkt die vorläufige Regierung zu tun, um für die Erzeugung von Rohstoffen mehr Kulturboden zur Verfügung zu stellen? Ist die Regierung insbesondere bereit, durch Wachsen größerer Fruchtgebiete weiteres Siedlungsland zu gewinnen und Arbeitslosigkeit zu schaffen?“

Interpellation Gahn u. Gen., die Gemeindeverwaltung betr.:
„Ist der vorläufigen Regierung bekannt, daß die Reorganisation vom 18. Dezember 1918, die Aushebung von Gemeindefürsorge aus dem Bereich der Gemeinde, entweder gar nicht oder nicht dem Sinn der Reorganisation nach durchgeführt wird? Was gedenkt die Regierung zu tun, um ihrer Reorganisation überall Geltung zu verschaffen?“

Interpellation Kiefer u. Gen., die Wohnungsfrage betr.:
„Ist die vorläufige Regierung bereit, zur Abmilderung der Wohnungsnot nach Möglichkeit öffentliche Gebäude, insbesondere auch die Schulen, für Wohnzwecke zur Verfügung zu stellen?“

Interpellation Roth u. Gen., die Industrie und die Arbeiterfrage betr.:
„Ist der Regierung bekannt, daß verlicht wird, Maschinen und anderes Verzeugs nach außerbadischen Anlaufbetriebsbetrieben fortzuführen, wodurch die Gefahr noch größerer Arbeitslosigkeit entsteht? Was gedenkt die Regierung dagegen zu tun?“

Interpellation Gahn u. Gen., die Postlage im Handwerk und Industrie betr.:
„Ist der badischen Regierung bekannt, daß die Abgabe von überflüssig neuem Verzeugs nur sehr langsam vor sich geht? Was gedenkt die Regierung zu tun, damit diese Verzeugsstücke so rasch als möglich an Handwerk und Industrie abgegeben werden können?“

Interpellation Müller (Schopfheim) u. Gen., die Lebensmittelversorgung betr.:
„In der öffentlichen Beurteilung der Lebensmittelversorgung waren die Konsumgenossenschaften bisher in der weitestgehenden Weise ausgeschaltet. Was gedenkt die vorläufige Regierung zu tun, daß in nächster Zeit dieser erhebliche Teil der organisierten Konsumenten Berücksichtigung findet?“

Zusammenschluss Badens und Württembergs.

Der württembergische nationalliberale Parteiführer, Dr. von Hieber, hat dieser Tage in der Nationalversammlung in Stuttgart einen Zusammenschluß Badens und Württembergs befür-

glattes Ablehnen der Sache nicht gebietet, andererseits der Expressionismus aber auf seinem Weg auch nicht aufgehalten wird. Ein schmolldendes Weisheitswort ist das Falsche, was man tun kann. Hier gilt es Stellung zu nehmen! Dieser Expressionismus ist nichts Künstlich Gemachtes. Er ist Ausdruck unserer Zeit, geboren aus der Not der Gegenwart. Man macht ihm zum Vorwurf, daß er das Sägliche vor unsere Augen zerrt. Soll er uns etwa nochmals die widerliche Eitelkeit, den überbündigten Schwund, die erbärmliche Gefühlsduselei einer hohen, von Grund aus morschen, verlogenen Zeit aufzählen?! Dafür ist sie zu schwer. Noch ist die Welt feucht von dem Blut der Millionen Männer, die der Krieg gemordet, noch ist der Bruderkampf nicht beendet, noch raffen Hungerseuchen Tausende armer Menschen täglich hin. Soll unsere schöpferische Jugend vor diesen Dingen die Augen verschließen? Dann hat man den Begriff Kunst falsch verstanden, oder man fordert von ihr etwas Unwahres! Dafür ist sich der Expressionismus zu gut.

Besonders wertvoll war, wie Herr Dr. Fraenger zur Beleuchtung seiner Ausführungen eine ganze Reihe expressionistischer Dichter zu Worte kommen ließ und zeigte, wie sich Dichtkunst und Malerei gegenseitig beeinflussen und befruchteten. Er dachte die Wahlverwandtschaft zwischen dem Leber viel zu früh verjorbenen Dichter Georg Heim und Alfred Kubin, Joh. Rud. Becher und Rudolf Schlichter auf und gab des weiteren eine ganze Reihe Proben aus expressionistischen Dichtungen, so aus Hafenclevers „Politischen Dichter“, aus Francis Jammes' „Gebet“, und andern. Damit stellte er seinen Vortrag auf eine breite Basis und konnte besonders eindringlich die in dieser Leidenschaftlichkeit des Hervorbrechens sich ausprechende Naturnotwendigkeit dieser Kunstrichtung dartun. Etwas eingehender befahte er sich dann mit der Kunst Schlichters. In erster Linie schien es ihm jedoch darauf anzukommen, statt des Schlagwortes „Expressionismus“ seinen Zuhörern eine lebendige Vorstellung des Begriffs zu geben und dann das Terrain des Themas abzuklären. In einem weiteren Vortrag will er dann, wenn ich richtig verstanden habe, an der Hand einzelner Bilder sich noch eingehender über das Wesen des Expressionismus berarbeiten und uns auch seine Ansicht über Zabolin und dessen Kunst sagen.

Es wäre wünschenswert, daß dieser Vortrag recht bald folgen würde.

Guigo Koller.

wortet. Dem „Heidelberger Tageblatt“ wird hierzu von seinem Karlsruher Mitarbeiter geschrieben: „Die Darlegungen haben natürlich auch bei uns gebührende Beachtung gefunden. In dessen glauben wir nicht, daß seine Anregungen auf viel wesentliche Folgen wird. Die badische Volksregierung, wie das badische Parlament werden sich, wie wir annehmen, mit dem Gedanken kaum ernstlich befreunden. Dazu sind doch die unmittelbaren Berührungspunkte zwischen den beiden Freistaaten nicht bedeutend und mannigfaltig genug, und zudem hat das badische Nationalgefühl, oder besser gesagt: Stammesgefühl während des Krieges eine derartige Stärkung und Vertiefung erfahren, daß die Anregung sicherlich nicht vollständig werden wird. Im übrigen bezweifeln wir auch, daß sich in Württemberg selbst die Mehrheit der Bevölkerung für einen solchen Zusammenschluß aussprechen würde.“

Die Besetzung des Hanauerlandes.

Die Franzosen haben jetzt fast die ganze 10 Kilometerzone des Straßburger Brückenkopfes auf badischem Gebiet besetzt und seit Mittwoch kann man am Rande des Appenweierwaldes die französischen Patrouillen sehen. Der französische Divisionskommandant Duffin hat, wie aus Offenburg gemeldet wird, mit seinem Stab das Kehler Amtsgerichtsgebäude bezogen, auf dem die Kriolore aufgezogen wurde. Der Verkehr auf der Straße in Kehl ist nur in der Zeit von morgens sechs Uhr bis abends acht Uhr gestattet. Die Wirtschaften dürfen offen halten, doch werden die Hotels geschlossen, angeblich um zunächst einer Desinfektion unterzogen zu werden. Der Briefverkehr ist streng unterzogen und wird mit Gefängnis bestraft. Ein Maueranschlag des Kommandierenden Generals Girschauer ermahnt die Bürgerchaft, den Offizieren, die in Bürgerquartieren untergebracht sind, mit Achtung zu begegnen.

In Offenburg ist am Mittwoch ein Zug mit nahezu 1000 kassischen Flüchtlingen eingetroffen. Die Ausgewiesenen, Männer, Frauen und Kinder jeden Alters, klappten sehr über die französische Mächtigkeitslosigkeit und auch darüber, daß ihnen sogar die wenigen Lebensmittel, die sie bei sich hatten, abgenommen worden waren.

„Die Franzosen im Grossherzogtum Baden“.

Mit diesen Worten überschreibt der „Matin“ seinen Bericht über die Besetzung von Kehl. Der Bericht erzählt sodann:

„Die Forts des rechten Ufers sind in guten Händen und man darf glauben, daß die Straßburger damit sehr zufrieden sind. Sie haben diese Besetzung schon seit zwei Monaten erwartet und sie jeden Tag mit größerer Dringlichkeit gefordert.“ Es folgt dann eine Schilderung des militärischen Einzugs mit ironischen Bemerkungen über die Haltung des Bezirksvorstands und des Bürgermeisters sowie des Gemeinderats. „Diese Herren“, so heißt es, „hatten ihre Plünder herbeigeholt (es war nämlich befohlen worden!) und drückten sich aneinander, wahrscheinlich wegen der Kälte, die die Nasen blau machte. Der Bezirksvorstand und der Bürgermeister schickten sich an, dem General Girschauer entgegen zu gehen, es zeigte sich aber, daß sie gerade auf dem Platz sich befanden, wo der General sich aufstellte, um den Vorbeimarsch der Division Duffieux abzunehmen. Bezirksvorstand, Bürgermeister und Gemeinderäte drückten sich nach links.“ General Girschauer sagte in seiner Ansprache u. a.: „Wir werden weder Unzüge noch Ansammlungen dulden, noch politische Versammlungen irgend welcher Art. Die gewöhnlichen Versammlungsorte, Wirtschaften und Lichtspieltheater, werden beim geringsten Anzeichen von Unordnung geschlossen werden. Die Ordnungsführer werden bestraft, eingeschperrt und nach den Kriegsgesetzen behandelt. Die Offiziere und Soldaten des französischen Heeres sind zu respektieren, sie waren diszipliniert in der Schlacht, sie sind es auch im Siege.“ Bezirksvorstand und Bürgermeister“, so fährt der Bericht fort, „haben die Ansprache des Generals mit zusammengekniffenen Herzen und mit dem Finger an der Kehle angehört.“ Dann antwortete der Bezirksvorstand: „Gestatten Sie, Herr Bürgermeister, daß ich Sie im Namen der Bezirksverwaltung beglückwünsche, die ich Ihnen hohen Wohlwollen empfehle.“ Der Bürgermeister spricht: „Ich gebe Ihnen die formelle Versicherung, daß die Bevölkerung von Kehl die Beschlüsse und Verordnungen achtet und daß sie die französischen Behörden erlassen werden und daß sie den Requisitionen Folge leisten wird in dem Maße, in dem ein bis auf den Tag erschiedenes Volk das tun kann.“ Darauf brachen die Badener ab und zogen sich zurück, ohne nach etwas weiterem zu fragen. Diese Eile, nach Hause zu kommen, bezaubert sie des Vergnügens, dem Vorbeimarsch des 32. Infanterieregiments beizumohnen.“

Im Interesse der besetzten Gebiete ist es zu hoffen, daß die französischen Offiziere und Soldaten der Disziplin der französischen Armee größere Ehre machen, als die hohnvolle und unwürdige Schilderung des „Matin“ dem Geist und dem Gewissen seiner Nation als solcher. Jedenfalls liegt in den wenigen Worten des Kehler Bürgermeisters mehr nationale und menschliche Würde als in dem Bericht des französischen Blattes.

Gegen die Uebergriffe der Entente.

Die Zentrumspartei in Mannheim hielt am Sonntag im Nebenlokale eine Protestversammlung gegen die Uebergriffe der Entente ab, die von 2500 Personen besucht war. Ansprachen hielten Professor Hollerbach und Abgeordneter Köhler. Schließlich wurde folgende Entschlossenung angenommen: „Die Versammlung verlangt im Namen der Gerechtigkeit den schleunigsten Abschluß eines Vortriedens auf Grundlage der Bedingungen, die in den 14 Punkten Wilsons niedergelegt und von unseren Gegnern anerkannt worden sind, sowie die sofortige Aufhebung der Hungerblockade. Wir fordern im Namen der Menschlichkeit die alsbaldige Freigabe unserer kriegsgefangenen Brüder, insbesondere jener, die schon über 18 Mo-

nate in Gefangenschaft schmachten und deren Rückführung bereits Mitte August 1918 hätte beendet sein sollen.“

Wirtschaftliche Vereinigung für Baden.

In Heidelberg wurde gestern eine Wirtschaftspolitische Vereinigung in Handel und Industrie e. V. gegründet, die sich über ganz Baden erstrecken soll. Sie bezweckt ohne bestimmte Parteipolitische Betätigung innerhalb und mit Hilfe aller politischen Parteien das Verständnis für die Bedürfnisse und Bedürfnisse des deutschen Handels in allen seinen Erscheinungsformen zu wecken und dadurch beizutragen, daß alle Kreise des deutschen Volkes mithelfen am Wiederaufbau des Vaterlandes. Die Vereinigung, die mit gleichartigen Bestrebungen in anderen Bundesstaaten Fühlung nehmen soll, hat ihren Sitz in Heidelberg.

Zur Schmuggelaffäre an der Schweizergrenze.

läßt der Nationalversammlungsabg. Großhans dem „Volkstfreund“ eine Erklärung abgeben, in der er sagt:

„Begen Verdachts des Schmuggels wurde ich am Montag, den 20. Januar 1919, auf Schweizerboden durch die schweizerische Gerespolizei inhaftiert. Diese Tatsache bemühte nun ein Teil der bürgerlichen Presse, voran diejenige des Zentrums, um mich, ohne auch nur die Untersuchung und deren Ergebnis abzuwarten, ohne weiteres schuldig zu sprechen. Ich erkläre hiermit in aller Öffentlichkeit, daß ich den in Frage kommenden Uebergriffen weder vorher, noch an dem Schmuggel selbst beteiligt bin. Alle an meine Inhaftierung geknüpften Kombinationen sind damit hinfällig. Im übrigen werde ich mich bis zur endgültigen Klärung der Angelegenheit jeder politischen Tätigkeit enthalten.“

Aus dem badischen Parteilieben.

oc. Das Zentralkomitee der badischen Zentrumspartei trat am letzten Montag in Offenburg zu einer Beratung zusammen, an welcher die Abgeordneten der Nationalversammlung, wie auch die Vertreter und Redakteure der Parteipresse teilnahmen. Die Vertreter der Zentrumspresse hatten am Sonntagabend eine Sonderbesprechung gehabt, in welcher alle zur Zeit wichtigen wirtschaftlichen und wirtschaftstechnischen Fragen der Parteipresse einer Beratung unterzogen wurden. — In der Sitzung des Zentralkomitees gab zunächst Finanzminister Dr. Wirth einen kurzen Überblick über die Lage im Reich, wie in Baden. Im Anschluß an das Referat, in welchem der Redner ein düsteres Bild unserer gegenwärtigen Lage malte, wurden die neuen Satzungen für die Landespartei durchberaten. Der Entwurf baut die Organisation auf Orts- und Bezirksauschüsse auf, an deren Spitze der Hauptausführer, der geschäftsführende Vorstand und die Landesversammlung stehen. Die Wahlen zu den verschiedenen Ausschüssen erfolgen nach dem Mehrheitsystem. Dem Entwurf, der u. a. auch die volle Gleichberechtigung der männlichen und weiblichen Mitglieder vorsieht, wurde lt. „Bad. Beobachter“ in seinen Grundzügen zugestimmt. Nach dem Kassenbericht wurde an Stelle des wegen hohen Alters zurücktretenden Hauptkassiers Dold in Freiburg Beamtenamt Fr. Fischer in Freiburg zum Hauptkassier gewählt. Im weiteren Verlauf der Tagung wurde über die Ausgestaltung der Agitation beraten. Es folgte ein Referat des Abg. Wittmann über den Wahlausfall und die derzeitige politische Lage. In der Aussprache wurde auch die Frage des Koalitionsrechts und der Steuerzulage in den Bereich der Beratungen gezogen.

* Nr. 7 des Badischen Gesetzes- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Bestimmungen des Ministeriums des Innern: den Handel mit Karton, Papier und Pappe betreffend; der badischen vorläufigen Volksregierung; die Bestimmung der Kriegsanleihen betreffend; des Ministeriums für Ernährungswesen: den Verkehr mit Schigleiten betreffend; des Ministeriums der Finanzen: den Vollzug des Reichsstempelgesetzes betreffend.

* Nr. 8 des Badischen Gesetzes- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Verordnung des Ministeriums des Innern: das polizeiliche Meldewesen betreffend.

Badische Zeitungsstimmen.

Über badische Kunstpolitik schreibt Rudolf K. Goldschmidt im „Heidelberger Tageblatt“ u. a.: „Groß ist die Zahl der kunstpolitischen Aufgaben, die durch die Auseinandersetzungen mit dem großherzoglichen Besitz von der badischen Landesversammlung erledigt werden müssen, so groß, daß das Landesparlament, deren Angehörige auf Grund freier, unter parteipolitischen Gebundenheiten ausgeübten Wahl ihre Befugnisse vollziehen, unmöglich die Zweckmäßigkeit der kunstpolitischen Neuordnung herbeiführenden Gesetzesvorlagen sachkundig nachprüfen kann. . . . Notwendig ist die Berufung sachkundiger Männer Badens in die Ministerien, um ihnen bei der Ausarbeitung der Gesetzesvorlagen entscheidenden Einfluß zuzusichern. Ich denke dabei für eine Berufung nicht an die sogenannten Kunstbeamten des alten Staates, nicht an die Darstellungsbeamten des Karlsruher Hoftheaters, nicht an die Malerinnen der Karlsruher Akademie, die alle wirtschaftlich an der Neuordnung interessiert sind und die durch ihre bisherige Wirken die Notwendigkeit einer kunstpolitischen Reformpolitik erst recht erwiesen und zum Teil die heftige Opposition der jüngeren Kunstlerchaft Badens hervorgerufen haben, ich denke vor allem an die in freien Berufen wirkende jüngere Generation, die zu den neuen Arbeiten im neuen Reich einen neuen Geist bringen und durch die Verhältnisse gedungen waren, bisher in kritischem Wagemut und Groll abseits zu stehen. Daß keiner der Berufenen in irgend welchen ideellen Beziehungen zu den zu ordnenden oder verwaltenden Institutionen, sei es als Kritiker, sei es als Autor, stehen darf, ist Sache der Sauberkeit.“

Wie bei der staatlichen Regelung künstlerischer Angelegenheiten gefordert wurde, die entscheidende Gestaltung des Gesetzes und der Organisationsvorlagen, sowie die Verwaltung der Kulturinstitute nicht in die Hand der Parteipolitiker, sondern der Kulturpolitiker, der sachkundigen Künstler und Schriftsteller zu legen, so ist auch für die städtische Kunstpolitik nach dem neuen, im Sommer stattfindenden Gemeindevorwahlen eine andere Zusammenfassung der städtischen Kunstkommissionen zu erstreben. Die Tendenz, diese Kommissionen unbehindert der sonstigen Wirksamkeit der Gemeindevorwahlenmitglieder auf Vorschlag der politischen Parteien oft sogar unter Berücksichtigung ihrer Fraktionsstärke zu bilden, ist im höchsten Maße kunstschädlich. Wenn es geschehen könnte, daß die badische Residenz in der Pflege von Kunst und Theater niemals über das Niveau einer Kleinstadt glänge, und daß eine alte Kulturstadt wie Heidelberg sich die besten Künstler, die ihr bedeutendster Meister von ihrer Umgebung gemalt hat, entgehen ließ, so liegt das am Mangel kunstverständiger Fachleute in den einzelnen städtischen Verwaltungen und Kommissionen. Wie es heute damit bestellt ist, zeigt jede Übersicht über die Kunstkommissionen der bedeutendsten Städte eines süddeutschen Bundesstaates. Die einflussreichste Persönlichkeit in künstlerischen Dingen war in der Residenz des betreffenden Landes lange Jahre ein Werksfabrikant. Eine Theaterkommission hat diese Stadt überhaupt nicht, weil sie seit ihrem Bestehen keinen Pfennig für den Unterhalt des Theaters ausgab. In einer großen Handelsstadt ist seit langem der literarische Zensor ein im bürgerlichen und politischen Leben hochgeachteter Messerschmiedemeister. Die Theaterkommission einer alten Universitätsstadt dieses Landes, die eine Kommission für bildende Kunst überhaupt nicht kennt, setzt sich aus Angehörigen aller möglichen Berufe zusammen, von denen auch nicht einer in unmittelbarer Beziehung zur Bühne steht. Kein Wort soll gesagt werden gegen die sicher ausgezeichnete Wirksamkeit dieser Männer auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete. Nur die Frage soll erhoben werden, ob alle diese Männer für die betreffenden künstlerischen Fragen die besten und erprobtesten Köpfe der Stadt waren, oder ob sich hätten Mitbürger finden lassen, die vielleicht durch Leistung und Beruf hierzu geeigneter gewesen wären. In künstlerischen Dingen ein entscheidendes Wort zu geben, erfordert zum mindesten eine nicht geringere Befähigung und Eignung, als die Regelung irgend einer gewerblichen Frage. Und ohne Zweifel würde man es in den Kreisen der Bürgerschaft schwer verstehen, wenn man die städtische Schlicht- und Viehkommission aus dramatischen Dichtern und Lyrikern zusammensetzen würde, wie auch sicher die Handwerker der Städte es ablehnen würden, wenn ein Komponist und ein Schauspieler als Sachverständiger von der Stadt bei Vergabung der Lieferung von Schulbüchern bestimmt würden. Die Vergabung eines künstlerischen Postens in Staat und Stadt, sei es eines Theaterdirektors, Musikdirektors oder Akademieprofessors einem politischen Kollegium (Ministerium oder Stadtrat) zu überlassen, ist nicht weniger gefährlich als etwa eine chirurgische Operation nicht etwa einem Arzte, sondern einem Bildhauer oder Helmbreiter anzuvertrauen.

Aus der Landeshauptstadt. Volkshausbund Karlsruhe.

* Auf Einladung des Arbeitsausschusses des deutschen Volkshausbundes e. V. hatten sich gestern Abend eine Anzahl im öffentlichen Leben stehender Männer und Frauen im Sitzungssaal der früheren Ersten Kammer eingefunden, um über die Gründung einer Ortsgruppe Karlsruhe zu beraten. Reg.-Rat Dr. Kampffmeyer besprach in einem längeren Vortrag die Wege und Ziele der Volkshausbewegung in Karlsruhe, wie sie unseren Lesern im großen ganzen aus früheren Veröffentlichungen bekannt sind. Er erläuterte dabei auch die besonderen Vor- und Nachteile der drei zur Verwendung als Volkshaus in Betracht kommenden Bauten: Schloß, Groß-Palais und Markgräfl. Palais und glaubte, namentlich aus räumlich-praktischen Gründen die Wahl des Markgräflischen Palais am meisten empfehlen zu können. Vorgelesen ist die Schaffung von Räumen für wissenschaftliche Vorträge, besonders auch für politische und sonstige Versammlungen, deren Besucher damit auch vom Zwang des Alkoholgenußes befreit würden. Ferner könnten in dem Volkshause viele Veranstaltungen sozialer Art (Berufs- und Rechtsberatung, Wohlfahrtsamt usw.) konzentriert werden. Außerdem soll es Volksbildungszwecken aller Art, Vorträgen, seminaristischen Abungen der Volkshochschule, ferner den Jugendvereinigungen eine Stätte bieten. Auch eine Volksbibliothek müßte vorhanden sein, Räume für Ausstellungen populärer Art, Unterrichtsäume für die Volkshochschule usw. Im Anschluß an den Vortrag fand eine Besprechung statt, in deren Verlaufe mitgeteilt wurde, daß man in Regierungskreisen dem Plane freundlich gegenüberstehe und daß die Stadt ihre Unterstützung in Aussicht stelle. Sodann wurde die Gründung der Ortsgruppe beschlossen. Zum Vorsitzenden wurde Oberbürgermeister Siegrist gewählt, der Gesamtvorstand setzt sich aus etwa 30 Vertretern der hauptsächlichsten Berufskreise zusammen.

Seinen 70. Geburtstag feiert morgen Geh. Hofrat Dr. Binz, der langjährige frühere Parteichef der Nationalliberalen. Dr. Binz wurde 1849 in Malsberg geboren, ließ sich 1877 als Rechtsanwalt in Karlsruhe nieder und trat schon früh im politischen Leben unseres Landes hervor. Der Zweiten Kammer gehörte er von 1897—1899 als Abgeordneter und von 1901 bis 1908 als Abgeordneter der Stadt Karlsruhe an. Durch ihn und den damaligen Führer der Sozialdemokraten Preussbach wurde 1904 das sog. erste Großblattdokumen im westlichen zum Abschluß gebracht. Auch als Mitglied des Karlsruher Bürgerausschusses und als Stadtrat nahm Dr. Binz seit mehr als zwei Jahrzehnten regen Anteil an öffentlichen und wirtschaftlichen Leben. Besondere Verdienste erwarb er sich daneben um die Förderung der Jugendbildung und der kulturellen und künstlerischen Bestrebungen.

Büro für Versicherungswesen.
Inhaber: **Martin Schön**, Generalagent
Karlsruhe 75, KARLSRUHE, Teleph. 3222
Abschluß von Versicherungen
jeglicher Art für nur erstklassige Gesellschaften
bei streng gewissenhafter Bedienung
Kostenfreie Auskunft und Rat in Versicherungssachen
Mitarbeiter (Vermittler) in allen Kreisen
gegen hohe Vergütungen gesucht
Übernahme von Hausverwaltungen.

Badisches Landestheater.
im Konzerthaus:
Sonntag, 9. Februar 1919 | Sonntag, 9. Februar 1919
nachmittags 2 Uhr: | abends 6 Uhr:
Pension Schölller. Die Chardasfürstin
Amtliche Bekanntmachung.
Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche betr.
Die Maul- und Klauenseuche in Ringolsheim und
Reimsheim ist erloschen.
Karlsruhe, den 4. Februar 1919. 3.690
Bezirksamt.

Vordrucke
über die
Leistung des
Beamten des
sind zu beziehen vom
Verlag der G. Trautmann Hof-
buchdruckerei in Karlsruhe
Preis 8 s
von 100 Stück an 7 s

Einfl.-Häuser
(Villen), in verschiedenen
Größen und Lagen
in Freiburg i. Br.
habe preiswert z. verkaufen.
Erb. Köberle, Freiburg
i. B., Kaiserstraße 133.
Für Käufer kostenlos Ausl.
Suche größere Kosten
zu
schwarzen Lee kaufen.
Angebote nur mit Preis.
Biel, Dortmund,
Schwanenstr. 81, Tel. 2541.

Statt besonderer Anzeige.

Heute nacht ist unsre teure Gattin, Mutter und Schwester

Frau Louise Curtius

geb. Gräfin von Erlach-Blindebank

in ihrem 62. Lebensjahre entschlafen.

D. Dr. Fr. v. Curtius, Oberkonsistorialpräsident a. D.

Dr. Ernst Robert Curtius, Privatdozent in Bonn, Olympia Curtius, Greda Picht (o). Curtius, Friedrich Curtius, stud. med., Dr. Werner Picht, Gräfin Greda von Erlach-Blindebank.

Heidelberg, 7. Februar 1919.

Die Beerdigung findet Montag, den 10. Februar 1919, 11 Uhr vormittags, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofs aus statt.

Plünderungs- und Aufruhr-Schäden für

Warenlager, auch Schaufensterinhalt, Wohngebäude, Wohnungseinrichtungen, Anpflanzungen im Freien, Bargeld versichert

Martin Schön, Generalagent Karlsruhe 75 Karlsruhe Teleph. 3222.

Deutsche Kolonial-Gesellschaft u. Deutscher Frauenverein vom Roten Kreuz für die Kolonien.

Der Reichsverband der Kolonialdeutschen erläßt einen Aufruf zur Unterzeichnung einer Kundgebung, in der das deutsche Volk seinen unbedingten Willen zur Wiedererlangung unserer Kolonien ausdrückt...

Der Vorstand der Deutschen Kolonial-Gesellschaft, Der Vorstand des Deutschen Frauenvereins vom Roten Kreuz für die Kolonien.

Umtausch von schlechten Entlassungsanzügen gegen gebrauchsfähige.

Die Bekleidungsbestände im Korpsbereich sind zum Teil derart gering, daß die Versorgung der Truppen auf Schwierigkeiten stößt.

Da aber in erster Linie die Truppen für den Grenzschutz Ost und West einzusetzen sind, kann der Umtausch an entlassene Heeresangehörige nur allmählich erfolgen.

Die Bezirkskommandos werden deshalb künftig die entlassenen Mannschaften nach Maßgabe der verfügbaren Bestände zum Umtausch aufrufen. Zweckmäßig jedoch ist, daß die Entlassenen ihre Ansprüche rechtzeitig bei den zuständigen Bezirkskommandos geltend machen und sich dies in den Militärpapieren bescheinigen lassen.

Durlach, den 28. Januar 1919. Generalkommando XIV. A. u. S. Gudowitsch. Landesauschuss badischer Soldatenräte: Gehrb.

Badisches Landestheater.

Mont., 10. (M. 20): Mitarbeiter. Die Provinzialm. - Literatur. 7-10 (4 M. 80 Pf.). Dienst., 11. (Die. 21): Cavalleria rusticana. Der Wajazzo. 1/7-1/10 (4 M. 80 Pf.). Mittw., 12.: Benefizvorst. für die Pensionsanstalt des Landestheaters: Liebe im Schnee. 1/7-1/10 (4 M. 80 Pf.). Zu dieser Benefizvorstellung haben die Donnerstags-Mieter den Eintrittspreis bereits bezahlt; es stehen ihnen also ihre bei Mietvorstellungen üblichen Plätze zur Verfügung.

Im Landestheater in Baden-Baden, Mittw., 12.: zum erstenmal: Und das Licht leuchtet in der Finsternis, 5-1/8.

Max Schubert vorm. Glatz & Sohn

Atelier für moderne und antike Glasmalerei. Kunstverglasungen.

Karlsruhe Karlsruhe 9.

Metalle: Kupfer, Zinn, Messing, Blei, Zinn etc.

kaufen zu höchsten Tagespreisen N. Fuchs & Co., Karlsruhe Waldhornstraße 47. Telephon 5112

Handels-Hochschulkurse Karlsruhe. Frühjahrs - Semester 1919.

Beginn: 10. Februar 1919. Dauer: 16 Vortragswochen. Die Vorlesungen finden in der To. h. ischen Hochschule statt.

1. Rechts- und Staatswissenschaft.

A. Der Handelskauf nach deutschem Handelsrecht und dem deutschen Bürgerlichen Gesetzbuch.

Dozent: Herr Oberlandesgerichtsrat Mainhard, Karlsruhe.

Jeden Montag, abends 8 Uhr. Beginn 10. Februar.

B. Allgemeine Staatslehre. (Halbsemesterkurs).

Dozent: Herr Ministerialrat Dr. Ritter vom Justizministerium Karlsruhe.

Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr. Beginn 30. April.

2. Volkswirtschaftslehre.

A. Das gesellschaftliche System der menschlichen Wirtschaft.

Jeden Donnerstag, abends 8 Uhr. Beginn 13. Februar.

B. Soziale Kämpfe und soziale Ideen.

Jeden Dienstag, abends 8 Uhr. Beginn 29. April. (Halbsemesterkurs.)

3. Sondergebiete der Warenherstellung.

Verarbeitung der Faserstoffe zu Garnen und Geweben. (Halbsemesterkurs.)

Dozenten: Herren Professor Dr. E. Arnold und Professor G. Lindner von der Technischen Hochschule Karlsruhe.

Jeden Dienstag, abends 8 Uhr. Beginn 11. Februar.

4. Geschichte.

Russische Geschichte in ihren hauptsächlichsten Erscheinungen. (Halbsemesterkurs.)

Dozent: Herr Geheimrat Dr. Häußner, Direktor des Gymnasiums Karlsruhe.

Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr. Beginn 12. Februar.

Zum Besuch der Vorlesungen sind alle Kaufleute — auch Frauen — berechtigt, die das 17. Lebensjahr vollendet haben. Eine entsprechende Vorbildung wird vorausgesetzt.

Ferner sind zum Besuch zugelassen: Lehrer, Beamte wirtschaftlicher Betriebe des Reiches, des Staates und der Stadt.

Ueber Zulassung anderer Personen entscheidet auf schriftlichem Antrag das Kuratorium.

Die Besuchsgebühren betragen für das Frühjahrs-Semester:

Table with 2 columns: Course type, Fee. 1. für sämtliche Kurse 12.—, 2. für einen Semesterkurs 4.—, 3. für einen Halbsem.-Kurs 2.—

Anmeldungen gegen Vorauszahlung der Besuchsgebühr werden in folgenden Buchhandlungen entgegengenommen:

A. Bielefelds Hofbuchhandlung: E. Kundt; J. Links Buchhandlung; Westst. dtbuchhandlung Ernst Lützerath.

Karlsruhe, Januar 1919.

Das Kuratorium.

Präsident: Herr Dr. Häußner, Direktor des Gymnasiums Karlsruhe.

Präsidenten Stellvertreter: Herr Dr. Arnold, Professor der Technischen Hochschule Karlsruhe.

Präsidenten Stellvertreter: Herr Dr. Lindner, Professor der Technischen Hochschule Karlsruhe.

Präsidenten Stellvertreter: Herr Dr. Ritter, Ministerialrat Karlsruhe.

Präsidenten Stellvertreter: Herr Dr. Häußner, Direktor des Gymnasiums Karlsruhe.

Präsidenten Stellvertreter: Herr Dr. Arnold, Professor der Technischen Hochschule Karlsruhe.

Präsidenten Stellvertreter: Herr Dr. Lindner, Professor der Technischen Hochschule Karlsruhe.

Präsidenten Stellvertreter: Herr Dr. Ritter, Ministerialrat Karlsruhe.

Präsidenten Stellvertreter: Herr Dr. Häußner, Direktor des Gymnasiums Karlsruhe.

Präsidenten Stellvertreter: Herr Dr. Arnold, Professor der Technischen Hochschule Karlsruhe.

Präsidenten Stellvertreter: Herr Dr. Lindner, Professor der Technischen Hochschule Karlsruhe.

Präsidenten Stellvertreter: Herr Dr. Ritter, Ministerialrat Karlsruhe.

Präsidenten Stellvertreter: Herr Dr. Häußner, Direktor des Gymnasiums Karlsruhe.

Präsidenten Stellvertreter: Herr Dr. Arnold, Professor der Technischen Hochschule Karlsruhe.

Präsidenten Stellvertreter: Herr Dr. Lindner, Professor der Technischen Hochschule Karlsruhe.

Präsidenten Stellvertreter: Herr Dr. Ritter, Ministerialrat Karlsruhe.

Präsidenten Stellvertreter: Herr Dr. Häußner, Direktor des Gymnasiums Karlsruhe.

Präsidenten Stellvertreter: Herr Dr. Arnold, Professor der Technischen Hochschule Karlsruhe.

Präsidenten Stellvertreter: Herr Dr. Lindner, Professor der Technischen Hochschule Karlsruhe.

Präsidenten Stellvertreter: Herr Dr. Ritter, Ministerialrat Karlsruhe.

Präsidenten Stellvertreter: Herr Dr. Häußner, Direktor des Gymnasiums Karlsruhe.

Präsidenten Stellvertreter: Herr Dr. Arnold, Professor der Technischen Hochschule Karlsruhe.

Präsidenten Stellvertreter: Herr Dr. Lindner, Professor der Technischen Hochschule Karlsruhe.

Präsidenten Stellvertreter: Herr Dr. Ritter, Ministerialrat Karlsruhe.

Präsidenten Stellvertreter: Herr Dr. Häußner, Direktor des Gymnasiums Karlsruhe.

Präsidenten Stellvertreter: Herr Dr. Arnold, Professor der Technischen Hochschule Karlsruhe.

Präsidenten Stellvertreter: Herr Dr. Lindner, Professor der Technischen Hochschule Karlsruhe.

Präsidenten Stellvertreter: Herr Dr. Ritter, Ministerialrat Karlsruhe.

Präsidenten Stellvertreter: Herr Dr. Häußner, Direktor des Gymnasiums Karlsruhe.

Präsidenten Stellvertreter: Herr Dr. Arnold, Professor der Technischen Hochschule Karlsruhe.

Präsidenten Stellvertreter: Herr Dr. Lindner, Professor der Technischen Hochschule Karlsruhe.

Präsidenten Stellvertreter: Herr Dr. Ritter, Ministerialrat Karlsruhe.

Präsidenten Stellvertreter: Herr Dr. Häußner, Direktor des Gymnasiums Karlsruhe.

Präsidenten Stellvertreter: Herr Dr. Arnold, Professor der Technischen Hochschule Karlsruhe.

Präsidenten Stellvertreter: Herr Dr. Lindner, Professor der Technischen Hochschule Karlsruhe.

Aufruf!

Unsere Feinde haben Reichsangehörige im Ausland, sowie solche aus Elsaß-Lothringen in zahlreichen Fällen plözlich ausgewiesen, ohne ihnen die Möglichkeit der Ordnung ihrer Angelegenheiten und der Mitnahme ihrer Habe zu gestatten. Hierdurch sind viele Deutsche in eine unglückliche und verzweifelte Lage versetzt worden und auf die Hilfe des Reichs und ihrer Volksgenossen angewiesen worden.

Bericht Befanntmachungen

Aus der Pfarrer Herrmannschen Jungfrauen-Aussteuerstiftung in Heidelberg sind für 1919 zwei Aussteuerpreise von je 500 M. an arme in jeder Beziehung würdige Jungfrauen des vormaligen badischen Redaktionsbezirks ohne Unterschied des religiösen Bekenntnisses zu vergeben.

Zu den berechtigten Orten gehören:

1. alle Orte der Amtsbezirke Eberbach, Heidelberg, Mannheim, Mosbach, Schwetzingen, Weinheim und Wiesloch.

2. sämtliche Orte des Amtsbezirks Sinsheim mit Ausnahme der Gemeinde Gilsbach.

3. vom Amtsbezirk Adelsheim die Gemeinden Großenholsheim u. Kleinholtsheim.

4. vom Amtsbezirk Bruchsal die Gemeinden Guttentheim, Kirchbach, Kronau, Neudorf, Oberhausen, mit Waghäusel, Philippsburg, Rheinhafen, Rheinsheim und Wiefental.

5. vom Amtsbezirk Buchen die Gemeinde Heidersbach m. Heidersbacher Mühle und Ziegelhütte.

Vererbungen sind binnen vier Wochen unter Anschlag des Zeugnisses über Alter, Familien- u. Vermögensverhältnisse, bisherige Beschäftigung, Bedürftigkeit, sittliches Wohlverhalten und Würdigkeit bei der Gemeindebehörde des Wohnorts einzureichen, welche die Gesuche nach Benehmen mit dem betreffenden Pfarramt dem borgehaltenen Bezirksamt mit gültiger Aufzählung vorlegen wird.

Nur solche Bewerberinnen können berücksichtigt werden, die zur Zeit der Verleihung der Aussteuer noch unversehrt sind.

Karlsruhe, 30. Jan. 1919. Verwaltungshof: Rebe. Köbler.

Die Lieferung des im ersten Teile des Jahres 1919 (bis 31. Juli 1919) bei den badischen Staatsbahnen erforderlichen Pannschotter ist in verschiedenen Losen nach Verordnung des Finanzministeriums vom 3. Januar 1907 zu vergeben.

Das Bedingnisheft kann bei der Generaldirektion Zimmer 234 eingesehen oder gegen beihilfreifre Entsendung von 50 Pf. bezogen werden. Angebote sind auf den von uns unentgeltlich erhältlichen Angebotsboven zu schließen und postfrei mit

der Aufschrift „Schotterlieferung“, bis spätestens Samstag, den 15. Februar 1919, vorm. 10 Uhr, dem Zeitpunkt der Eröffnung der Angebote, bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 2 Wochen. 3.587.2. Karlsruhe, 28. Jan. 1919. Bahnunterhaltungsbureau der Generaldirektion.

Hochbauarbeiten zur Erweiterung des Aufnahmestandes Durmersheim der Rheinthalbahn nach Finanzministerialverordnung vom 3. Januar 1907 öffentlich zu vergeben. Maurer-, Steinhaue-, Zimmer-, Bloch-, Schlofferarbeiten und Trägerlieferung. Zeichnungen, Bedingnisheft u. Arbeitsbeschriebe liegen auf unserer Hochbauabteilung im neuen Aufnahmestände Durmersheim zur Einsicht auf; dort auch Angabe der Angebotsbrude. Angebote verschließen und postfrei mit entsprechender Aufschrift „Angebot auf ... arbeiten zur Erweiterung des Aufnahmestandes Durmersheim“ versehen, spätestens bis Montag, den 17. Februar 1919, vormittags 11 Uhr, bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen. 3.609. Karlsruhe, 31. Jan. 1919. Bahnhauptinspektion 2.

Verkauf von ausgemusterten offenen Güterwagen (3 Stück) und Güterwagen-Untergestellen (10 Stück). Die Fahrzeuge sind lauffähig u. im beschränkten leichten Verkehr verwendbar. Verkaufsbedingungen und Zeichnungen auf postfreie Anfrage zum Preise von einer Mark für Güterwagen und 1 Mark für Untergestelle erhältlich. Versand nach auswärts als portopflichtige Dienstfahre gegen postfreie Zusendung der Beträge mit 5 Pf. Bestellgeld an Stationskasse Hauptverl. hütte Karlsruhe. Angebote mit Aufschrift sind verschließen, postfrei spätestens bis 1. März 1919 einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen. 3.701. Karlsruhe i. V., im Februar 1919. Verwaltung der Hauptverl. hütte.

Österr.-Ing. Schweiz. Güterverkehr.

Auf 1. April 1919 treten alle in den Gütertarifen dieses Verkehrs enthaltenen zur Zeit noch gültigen Frachttarife ohne Ersatz außer Kraft. 3.691. Karlsruhe, 7. Febr. 1919. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.

Brenn-Holz

Buchen u. Eichen, 3 Streden der Kohlen, Forsten, Zannen Anfeuerholz, amtlich festgestellte Preise. Das Holz wird auf Verlangen von 1 Jemner an aufwärts zugeführt. Ausgabestelle: Gerwigstraße 53.

Fr. Kempermann

Telephon 5206

Brennholzsperei, Spalterei und Bündelholzfabrik

Galtstraße der städtischen Bahn am Schindelf.

Gelder auf 1. und 11. Hypotheken

in Posten jeder Höhe, auch aufs Land, auszuliehen.

Häuser in allen Preislagen zu verkaufen.

August Schmitt,

Karler., Durlach 43, Tel. 211

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

3.694.2.1. Mannheim.

Die Firma Ernst Benzowitsch (Inh. Max Benzowitsch) in Königsberg, Provinz Pommern, hat die Rechte an der Dres. Gachsburg, Strauch u. Ding in Mannheim, Pfand auf der Firma J. John u. Co. in Lodz (Polen), Betribsauftr. 217, mit dem Antrage auf Verurteilung d. Beklagten zur Zahlung von 15 000 M. nebst 5 % Zins seit 10. Oktober 1918 durch gegen Sicherleistung vorläufig vollstreckbares Urteil. Die Klägerin ladet die Beklagte

5000000 M

an Gemeindeverbände und Städte zu 4 1/2 % Zinsen mit 1/2 jähriger Kündigung zu vergeben.

Anfragen a. Expedition d. Blattes unter F.925.